

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Armutsberichterstattung für Mecklenburg-Vorpommern einführen und durch einen Beirat begleiten lassen - Armut wirksam bekämpfen**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Zur Öffentlichen Anhörung am 29. November 2017 zum Thema „Armut und Reichtum“ sind eine Reihe qualifizierter Stellungnahmen zugegangen.

In der Anhörung wurde darüber hinaus von allen Anzuhörenden festgestellt, dass es umfassende Erkenntnisse über Armut in Deutschland sowie deren Ursachen und Wirkungen gibt und Armut in Deutschland nicht wegdiskutiert werden kann.

Alle Anzuhörenden haben sich für eine regelmäßige, landesspezifische und geschlechterdifferenzierte Armuts- und Sozialberichterstattung unter Begleitung eines Beirates aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Nichtregierungsorganisationen, inklusive Betroffenenverbänden, ausgesprochen.

Gleichzeitig wurden bereits existierende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung bewertet, unter anderem das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sowie familienpolitische Maßnahmen, die diejenigen, die darauf angewiesen wären, nicht erreichen würden.

Bestandteil eines Kataloges von Maßnahmen, die zur Armutsbekämpfung vorgeschlagen wurden, war unter anderem auch ein Armutscheck für Gesetze.

2. Der Landtag weist die Äußerungen des CDU-Politikers und jetzigen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, „Hartz IV bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf Armut“ (Quelle: <https://www.ksta.de/29850778> ©2018), zurück.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend eine geschlechterdifferenzierte Armuts- und Reichtumsberichterstattung für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen, die von einem Beirat aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Nichtregierungsorganisationen, inklusive Betroffenenverbänden, begleitet wird. Darüber hinaus soll eine Prüfung der Auswirkung von Landesgesetzen auf die Armutsentwicklung eingeführt werden.

**Simone Oldenburg und Fraktion**